

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Kalkar am

18. Januar 2018

Auf Einladung der Bürgermeisterin Dr. Schulz sind die nachstehend Genannten um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses versammelt:

Die Bürgermeisterin:	Dr. Schulz, Britta	Forum Kalkar
Die Ratsmitglieder:	Altenburg, Dirk	Forum Kalkar
	Arntz-Klopf, Margarete	Forum Kalkar
	Görden, Hans-Wilfried	CDU
	Gulan, Boris	FDP
	Hell, Hubert	Forum Kalkar
	Janßen, Ralf	CDU
	Klein, Dietmar	Forum Kalkar
	Kühnen, Lutz	Forum Kalkar
	Kunisch, Willibald	GRÜNE
	Lamers, Stefan	Forum Kalkar
	Mosler, Birgit	SPD
	Naß, Carsten	CDU
	Pageler, Günter	FBK
	Peters, André	CDU
	Peters, Johannes	Forum Kalkar
	Reumer, Theodor	CDU
	Rottmann, Karl-Heinz	CDU
	Schopen, Heinz	GRÜNE
	Schwaya, Walter	SPD
	Untervoßbeck, Hermann	Forum Kalkar
	van de Löcht, Marco	SPD
	van den Boom, Winfried	SPD
	van Laak, Paul	Forum Kalkar
	Verhalen, Christel	GRÜNE
	Wenten, Jürgen	FBK
	Willemsen-Haartz, Irmgard	Forum Kalkar
	Wolff, Sven	CDU
	Wolters, Wilhelm	CDU
Von der Verwaltung:	Stadtoberbaurat Sundermann, Frank	
	Stadtverwaltungsrat Jaspers, Stefan	
	Stadtangestellter Münzner, Harald	
	Stadtangestellter Urselmans, Stefan	
Entschuldigt fehlen:	Boßmann, Ansgar	CDU
	Ekers, Kai-Uwe	SPD
	Kohl, Kirsten	CDU
	van Aken, David	Forum Kalkar
Der Schriftführer:	Stadtamtman Lindau, Martin	

Bürgermeisterin Dr. Schulz eröffnet die Sitzung und stellt den form- und fristgerechten Eingang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 12.01.2018 gemäß der Hauptsatzung öffentlich bekanntgemacht.

Bürgermeisterin Dr. Schulz verweist auf einen der Verwaltung vorliegenden Antrag der FBK-Fraktion, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt

„Sachstandsdarstellung der Verwaltung zum Bolzplatz Schwanenhorst“

zu erweitern und schlägt vor, diesen als neuen Tagesordnungspunkt 5. festzulegen. Dem stimmt der Rat einstimmig bei 1 Enthaltung zu.

Die Reihenfolge der übrigen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Anschließend bedankt sich Bürgermeisterin Dr. Schulz bei allen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr für insgesamt 30 Einsätze im Stadtgebiet am heutigen Tag im Zusammenhang mit den Folgen des Orkans „Friederike“.

Der Rat der Stadt berät sodann folgende erweiterte

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragen
2. Einführung und Verpflichtung des Ratsmitgliedes Sven Wolff (DS-Nr. 10/462)
3. Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (DS-Nr. 10/430)
4. Stellenplan für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (DS-Nr. 10/429)
5. Sachstandsdarstellung der Verwaltung zum Bolzplatz Schwanenhorst (ohne DS)
6. Mitteilungen
7. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung
8. Einwohnerfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

9. Berichte aus den städtischen Gremien
10. Mitteilungen
11. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung

- - - - -

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragen

Nachdem Bürgermeisterin Dr. Schulz den Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragen“ aufruft, verlässt Herr Wilfried van Haag, Jan-Joest-Straße 31, Kalkar, den Zuhörerbereich und begibt sich - mit mehreren Seiten Papier in den Händen - zum Mikrofon. Bevor Herr van Haag beginnt, diese Seiten vorzulesen, verweist Bürgermeisterin Dr. Schulz auf eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen; er dürfte jedoch die Fragen vorlesen.

Herr Wilfried van Haag, Jan-Joest-Straße 31, Kalkar, führt aus:

„1. § 18 der Geschäftsordnung des Rates: Einwohnerfragen

Dieser Paragraph legt fest, dass Einwohnerfragen mündlich zu stellen und dass diese in der Regel auch mündlich von der Bürgermeisterin zu beantworten seien. 'Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, so kann der Fragesteller auf schriftliche Beantwortung verwiesen werden'.

Auch ausweislich der Niederschrift zur letzten Ratssitzung haben Sie angegeben, meine Fragen schriftlich beantworten zu wollen, bereits bevor ich die Fragen gestellt hatte.

Das ist eindeutig gegen den Wortlaut und den Sinn dieser Übereinkunft des Rates.

Darüber hinaus habe ich erfragt, dass zum Teil meine Fragen und schon gar nicht Ihre Antworten den Ratsmitgliedern mitgeteilt wurden.

Q 1.1: Erklären Sie sich bereit und in der Lage, in Zukunft vollumfänglich den Vorschriften des § 18 der Geschäftsordnung des Rates zu verfahren?

Q 1.2: Sehen Sie sich bereit und in der Lage, den Ratsmitgliedern die ihnen zustehenden Informationen zukommen zu lassen?

2. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 039 aus der letzten Ratssitzung

Gegen Ende dieses Tagesordnungspunktes stellte RM Carsten Naß die Frage an Herrn Sundermann, ob der Fragesteller aus den Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusssitzungen auch eine Antwort zu dem Aspekt der bauaufsichtlichen Genehmigung der baulichen Veränderungen durch den Kreis Kleve erhalten würde.

Diese Antwort mit Angabe der Zeit und der Genehmigungsnummer habe ich bis heute nicht erhalten.

Q 2.1: Warum habe ich die Angaben noch nicht erhalten?

Q 2.2: Wann werde ich die Antwort erhalten?

3. Rettungswagen in Kalkar

In der RP-Ausgabe vom 17.01.2018 konnte man lesen, dass Herr Sundermann im Zusammenhang mit der Etablierung des Rettungswagens die Verlagerung des städtischen Bauhofs in das Gewerbegebiet Ost, also jenseits von Bedburg-Hau, angekündigt hat.

In früheren Ratsdiskussionen hat vor allem das Forum darauf hingewiesen, dass bei einer Berücksichtigung interkommunaler Zusammenarbeit mit der Gemeinde Bedburg-Hau ein gewisses logistisches und finanzielles Einsparpotential angestrebt wird.

Dazu wurden meines Wissens zwei Gutachten bei einer Gesellschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW beauftragt, wobei das für die Stadt Kalkar bereits vorliegen soll.

Q 3.1: Ist also davon auszugehen, dass die Intention zur interkommunalen Zusammenarbeit Geschichte ist oder ist der Gedanke der Verlegung des Bauhofes in das Gewerbegebiet Ost nur ein mentaler Versuchsballon Herrn Sundermanns?

4. Lärmschutzgutachten - Bolzplatz - Informationsfreiheitsgesetz

Herr Sundermann berichtete vergangenen Donnerstag im Haupt- und Finanzausschuss, dass zur problematischen Bolzplatznutzung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 039 ein von der Stadt Kalkar beauftragtes Lärmschutzgutachten eingegangen ist, welches die Nutzung dieses Bereiches wegen Pegelüberschreitung unmöglich mache. Das Gutachten ist vom Kreis Kleve als richtungsweisend beurteilt worden.

Am vergangenen Montag habe ich bei Herrn Welling aus der Abteilung Herrn Sundermanns unter Hinweis auf das Informationsfreiheitsgesetz um eine digitale Übermittlung des Gutachtens gebeten.

Vorgestern habe ich noch einmal bei Herrn Welling nachgefragt. Er erklärte mir, dass man noch überprüfe.

Q 4.1: Könnten Sie bitte verdeutlichen, welcher inhaltliche Überprüfungsbedarf noch bei der Stadt Kalkar besteht, die eine Übermittlung behindert?

Q 4.2: Können Sie bitte angeben, für wann Sie die Übermittlung des Gutachtens als pdf-Datei vorgesehen haben?“

Die Frage von Herrn van Haag, ob die Bürgermeisterin die Fragen wirklich schriftlich beantworten möchte, wird von dieser bejaht.

2. Einführung und Verpflichtung des Ratsmitgliedes Sven Wolff (DS-Nr. 10/462)

Die Bürgermeisterin führt das Ratsmitglied Sven Wolff gemäß § 67 Abs. 3 GO NRW in sein Amt ein und verpflichtet ihn in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Über die Verpflichtung ist eine Niederschrift gefertigt.

3. Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (DS-Nr. 10/430)

Nachdem Bürgermeisterin Dr. Schulz von den Beratungen und der Beschlussfassung in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses berichtet, präsentiert der Fraktionsvorsitzende RM Kühnen die Haushaltsrede der Fraktion Forum Kalkar. Dabei geht er rückblickend auf verschiedene Projekte, unter anderem die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit, die Erhöhung der Grundsteuer B oder die Einführung eines Gebäudemanagements, ein. Anschließend schildert er verschiedene Ideen und Visionen für die kommenden Jahre, darunter das Integrierte Handlungskonzept, die Idee, Kalkar als Stadt der Künste zu positionieren oder den Verkauf des Wisseler Sees. Nachdem er ausführt, dass der Haushaltsplan in sich zwar schlüssig, ein Nachtragshaushalt aber unvermeidbar sei, teilt er mit, dass die Fraktion Forum Kalkar dem Haushaltsplan zustimme.

Anschließend folgt die Haushaltsrede der CDU-Fraktion durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden RM Naß; dieser konstatiert, dass es sich bei dem Haushaltsplan um eine Fortschreibung der zurückliegenden Jahre handle und die Stadt Kalkar weiterhin von der Substanz lebe. Insbesondere eine Kosten- und Leistungsrechnung müsse etabliert werden, sodass beispielsweise auch Quartalsberichte an den Rat gegeben werden können. Außerdem könne sich die Stadt Kalkar noch in einigen Punkten weiterentwickeln; beispielhaft zu nennen seien hier der Ringtausch, ohne dass die beiden anderen Grundschulen vernachlässigt werden, oder die Ausweisung neuer Wohnungs-

baugrundstücke. Abschließend dankt er allen Ehrenamtlern und Mitarbeitern der Stadt Kalkar und teilt die Zustimmung der CDU-Fraktion für den Haushaltsplan mit.

Es folgt die Haushaltsrede der SPD-Fraktion durch den Fraktionsvorsitzenden RM Schwaya, der auf seine vergangenen Haushaltsreden verweist, da sich die grundsätzliche Situation nicht geändert habe. Insbesondere sehe er kritisch, dass das freiwillige Haushaltssicherungskonzept weiterhin gelten solle. Dennoch werde die SPD-Fraktion dem Haushaltsplan zustimmen, um der Verwaltung einen Handlungsspielraum zur Haushaltskonsolidierung einzuräumen.

Daraufhin hält der Fraktionsvorsitzende RM Kunisch die Haushaltsrede der Fraktion GRÜNE; dabei geht er unter anderem auf den Sparwillen der Verwaltung, das notwendige Sparen ohne Qualitätseinbußen sowie die Beachtung von Ehrlichkeit und Transparenz ein. Er schlägt vor, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und das Gebäudemanagement sowie die Liquidität strukturell zu verbessern. Abschließend teilt er mit, dass die Fraktion GRÜNE dem Haushalt zustimmen werde.

Der Fraktionsvorsitzende RM Wenten trägt anschließend die Haushaltsrede der FBK-Fraktion vor und berichtet, dass die FBK-Fraktion sich aufgrund der drohenden Nachtragspläne einen einjährigen Haushaltsplan gewünscht habe. Dennoch werde die FBK-Fraktion zustimmen, um wichtige Projekte nicht zu verzögern. In der Folge geht er unter anderem auf das Aussehen der Stadt, die Informationspolitik der Verwaltung und den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit ein; er fordert, dass die Verwaltung die Verträge zur Abfallbeseitigung überprüfe und dass alle Ratsmitglieder auf die elektronische Ratsarbeit umsteigen.

Abschließend folgt die Haushaltsrede des fraktionslosen RM Gulan, in deren Zuge er sich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung bedankt und die Feuerwehrführung um Überprüfung bittet, ob alle Wünsche der Feuerwehr so umzusetzen sind, ohne an der Sicherheit zu sparen. Obwohl der Haushaltsplan inhaltlich keine Neuigkeiten enthalte, werde er diesem zustimmen.

Nachdem Bürgermeisterin Dr. Schulz feststellt, dass kein weiterer Beratungsbedarf besteht, lässt sie über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.01.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 mit ihren Anlagen wird gemäß § 80 GO NRW in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung beschlossen.

Das beschlossene freiwillige Haushaltssicherungskonzept gilt weiterhin.

Ein Ratsmitglied war zum Zeitpunkt der Abstimmung vorübergehend nicht im Ratssaal anwesend.

4. Stellenplan für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (DS-Nr. 10/429)

Bürgermeisterin Dr. Schulz berichtet von der Beratung und der Beschlussfassung in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses; dieser habe einstimmig vorgeschlagen, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um den Zusatz, der Stellenplan werde nach Vorlage der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung mit Stellenbemessung erneut überprüft, zu erweitern.

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.01.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Der Stellenplan für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 wird in der Fassung der Anlage zum Haushaltsplan beschlossen.

Eine erneute Überprüfung des Stellenplans erfolgt nach Vorlage der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung mit Stellenbemessung.

Ein Ratsmitglied war zum Zeitpunkt der Abstimmung vorübergehend nicht im Ratssaal anwesend.

Nach der Beschlussfassung beantragt RM Kühnen, die Sitzung zu unterbrechen. Der Rat der Stadt lehnt diesen Antrag mehrheitlich bei 7 Ja-Stimmen ab.

5. Sachstandsdarstellung der Verwaltung zum Bolzplatz Schwanenhorst (ohne DS)

Nachdem Bürgermeisterin Dr. Schulz den Tagesordnungspunkt aufruft und auf den Antrag der FBK-Fraktion verweist, führt Stadtoberbaurat Sundermann aus, dass der Bolzplatz Schwanenhorst bereits seit Jahren wegen der Verträglichkeit thematisiert werde. Zuletzt habe die FBK-Fraktion im Frühjahr 2017 beantragt, die Nutzungszeiten am Bolzplatz zu erweitern. In diesem Zuge habe ein Anlieger die Stadt Kalkar aufgefordert, die Bolzplatznutzung zurückzunehmen. Dieses Ansinnen habe die Stadt Kalkar zunächst von sich gewiesen. Daraufhin habe der Anlieger unter anwaltlicher Begleitung den Kreis Kleve als Untere Bauaufsichtsbehörde eingebunden. Der Kreis Kleve habe der Stadt Kalkar anschließend mitgeteilt, dass es sich bei dem Bolzplatz um eine bauliche Anlage handle, die genehmigt werden müsse. Außerdem sei der Bolzplatz zwar im Bebauungsplan festgesetzt; die Festsetzung sei aber etwas weiter nördlich platziert, sodass der Kreis Kleve der Stadt Kalkar geraten habe, einen Bauantrag zu stellen, diesem ein Lärmschutzgutachten beizufügen und den Standort des Bolzplatzes dorthin zu verlegen, wo er im Bebauungsplan auch vorgesehen sei. In der Folge sei eine schallschutztechnische Untersuchung durchgeführt worden, die gezeigt habe, dass die Lärmschutzgrenze an der im Bebauungsplan eingezeichneten Stelle für den Bolzplatz nicht eingehalten werde. Es habe jedoch keine konkrete Schallmessung, sondern eine theoretische Berechnung anhand verschiedener Vorgaben vorgelegen. Beispielsweise müsse theoretisch aufgrund einer VDI-Richtlinie davon ausgegangen werden, dass 25 Personen den Bolzplatz nutzen. Zwischenzeitlich habe der Anlieger mit anwaltlicher Vertretung gegenüber dem Kreis Kleve eine Untätigkeitsklage angedroht, sodass dieser die Stadt Kalkar aufgefordert habe, die Tore am Bolzplatz zurückzubauen.

Stadtoberbaurat Sundermann führt weiter aus, dass für die Zukunft geplant werde, ein einfaches Bebauungsplanänderungsverfahren durchzuführen, um den Bolzplatz bauplanerisch an die bisherige Stelle zu verlegen. Hierzu sei wieder ein Lärmschutzgutachten anzufertigen, das gegebenenfalls auch die Errichtung von Sicht- und Lärmschutzbepflanzung berücksichtige. Sollte der Nachweis einer Verträglichkeit des Bolzplatzes mit der Wohnbebauung nicht gelingen, müsse eine andere Fläche gefunden werden.

In der Folge verweist RM Pageler auf den vermeintlichen Auslöser der Diskussionen um den Bolzplatz - den Antrag der FBK-Fraktion zur Erweiterung der Nutzungszeiten - und teilt mit, dass dieser auf der Grundlage des Bebauungsplanes Nr. 039 gestellt worden sei. Er spreche sich darüber hinaus dafür aus, dass der Bolzplatz an seiner bisherigen Stelle verbleibe und hierfür nötigenfalls auch erforderliche Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen seien.

Daraufhin fragt RM Klein, ob in den letzten Jahren nicht aufgefallen sei, dass der Bolzplatz dort nicht vorhanden sei dürfe.

Stadtoberbaurat Sundermann antwortet, dass der Bolzplatz an dieser Stelle einen selbstverständlichen Platz eingenommen habe; dies sei planungsrechtlich jedoch unzulässig, da der Bolzplatz an anderer Stelle festgesetzt sei. Aufgrund des Lärmschutzgutachtens sei es nicht möglich, den Bolzplatz an diese im Bebauungsplan eingezeichnete Stelle zu verlegen. Daher plane die Verwaltung als rechtssichere Lösung, den Bebauungsplan zu ändern und den Bolzplatz planungsrechtlich dorthin zu verlegen, wo er bisher auch schon gelegen sei; möglicherweise seien noch zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen notwendig.

Auf entsprechende Fragen des RM Gulan antwortet Stadtoberbaurat Sundermann, dass es vorliegend keinen Bestandsschutz für den Bolzplatz gebe, da Bestandsschutz nur für legal errichtete Objekte gelte und dies für den Bolzplatz zu verneinen sei. Auch gebe es keinen Vorrang des Allgemeinwohls vor den schützenswerten Interessen Einzelner; vielmehr seien die beiden Positionen abzuwägen. Obwohl es grundsätzlich richtig sei, dass Kinderlärm hingenommen werden müsse, gebe es vorliegend Lärmschutzrichtwerte für Freizeitanlagen, die eingehalten werden müssen.

Nachdem RM Mosler anregt, echte Lärmschutzmessungen statt hypothetischer Berechnungen durchzuführen, entgegnet Stadtoberbaurat Sundermann, dass dies geprüft werde.

Es entsteht eine Aussprache zwischen den Ratsmitgliedern Kunisch und Wolters sowie Bürgermeisterin Dr. Schulz, in der insbesondere der Rückbau der Tore und etwaige Lärmschutzmaßnahmen thematisiert werden. In diesem Zuge verweist Bürgermeisterin Dr. Schulz auf einen Brief des anwaltlich vertretenen Anliegers und zitiert aus diesem.

Es schließt sich eine Diskussion zwischen den Ratsmitgliedern Wolters, Untervoßbeck und Pageler sowie Stadtoberbaurat Sundermann über die Wirkung des eben zitierten Schreibens, der temporären Entfernung der Tore in der Vergangenheit, der Nutzung der öffentlichen Grünfläche sowie etwaige Protestaktionen an; in deren Verlauf schlägt RM Wolters vor, anwaltliche Beratung hinzuzuziehen und die Tore wieder aufzubauen.

Nachdem RM Naß einen Antrag auf Schluss der Rednerliste stellt, gibt Bürgermeisterin Dr. Schulz die bereits vorliegenden Wortmeldungen der Ratsmitglieder Mosler, Altenburg und van de Löcht bekannt.

Anschließend bittet RM Mosler um lösungsorientiertes Handeln, RM Altenburg zieht seine Wortmeldung zurück und RM van de Löcht regt an, die Tore auf dem Sportplatz in Kalkar abzustellen, damit dort übergangsweise gebolzt werden könne.

Bürgermeisterin Dr. Schulz verweist auf den Vorschlag von RM Wolters, anwaltliche Beratung hinzuzuziehen und die Tore wieder aufzubauen und lässt über diesen abstimmen.

Der Rat der Stadt lehnt diesen Vorschlag mit 5 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich ab.

Dann lässt Bürgermeisterin Dr. Schulz darüber abstimmen, ob die Verwaltung die Änderung des Bebauungsplanes weiterverfolgen soll, um den Bolzplatz an der bisherigen Stelle planungsrechtlich zu legalisieren.

Diesem Vorschlag stimmt der Rat der Stadt einstimmig bei 3 Enthaltungen zu.

Ein Ratsmitglied war zum Zeitpunkt der zweiten Abstimmung vorübergehend nicht im Ratssaal anwesend.

6. Mitteilungen

6.1 Bürgermeisterin Dr. Schulz teilt mit, dass am 27.01.2018 um 11:00 Uhr anlässlich des Holocaust-Gedenktages eine Kranzniederlegung stattfindet und alle Ratsmitglieder hierzu noch eingeladen werden.

6.2 Bürgermeisterin Dr. Schulz verweist auf die Verleihung des Ochsenordens am 28.01.2018 und erklärt, dass die Verwaltung und die Kalkarer Karnevals Gesellschaft gemeinsam hierzu entsprechende Einladungen an die Fraktionsvorsitzenden verschickt haben; alle Ratsmitglieder seien jedoch eingeladen.

6.3 Bürgermeisterin Dr. Schulz bittet darum, nach den Fraktionssitzungen das Licht auszuschalten.

7. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung

7.1 RM Pageler fragt, ob in diesem Jahr mit einer größeren Baustelle auf der B 57/Bahnhofstraße zu rechnen sei.

Stadtoberbaurat Sundermann antwortet, dass nicht bekannt sei, welche Maßnahme durchgeführt werde; mögliche Baumaßnahmen werden aber bei der Sanierung der Straße Bovenholt berücksichtigt.

7.2 RM Pageler verweist auf entsprechende Regelungen in der Geschäftsordnung und fragt, ob es zukünftig möglich sei, die Niederschriften innerhalb der festgelegten Fristen zuzuleiten.

Bürgermeisterin Dr. Schulz bejaht dies.

7.3 RM Pageler fragt, ob es richtig sei, dass der Eingangsbereich im Verwaltungsneubau umgestaltet werden soll.

Bürgermeisterin Dr. Schulz bejaht dies mit dem Hinweis, dass es vermehrt Beschwerden wegen des Wartebereichs gebe.

Stadtoberbaurat Sundermann ergänzt, dass der Wartebereich in die aktuelle Telefonzentrale verlegt werde und dass Bürger zukünftig über ein Aufrufsystem in die Büros geführt werden. Das aktuelle Bürgerbüro werde zu einem multifunktionalen Mehrzweckbüro mit einer Theke für Bürgeranfragen umgestaltet.

7.5 Auf die Frage von RM Wenten, ob im Bürgerbüro eine Klimaanlage installiert werde, antwortet Bürgermeisterin Dr. Schulz, dass der gesamte Verwaltungsneubau nicht über Klimaanlagen verfüge und damit betroffen sei; bisher seien Klimaanlagen aus Kostengründen nicht installiert worden.

8. Einwohnerfragen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Die Bürgermeisterin:

Dr. Schulz

Der Schriftführer:

Lindau